

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Geborgasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Preis pro Quartal 1 L. 15 Egr. Auswärts 1 Th. 20 Egr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Stettmeyer, in Belpzig: Jürgen & Fort. S. Engler, in Hamburg: Haase & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Reitmann-Hartmanns Buchdruckerei.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allernächst ernannt: Den bisherigen Superintendenten C. F. Weigelt zu Pleß zum Consistorialrat und Mitgliede des Consistoriums der Provinz Schlesien; so wie auf die von Seiten des Magistrats zu Stralsund gemachten Vorschläge den Raths-herrn Frantz dafelbst zum Bürgermeister der Stadt Stralsund zu ernennen.

Dem ordentl. Lehrer am K. Pädagogium in den Franckeschen Stiftungen zu Halle, Dr. Thilo, ist das Prädicat Oberlehrer beigelegt worden.

Der Rector Kiel in Neustadt-E. W. ist zum ersten Lehrer an dem evang. Schul-lehrer-Seminar in Drossen ernannt worden.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 1½ Uhr Nachmittags.
Berlin, 22. Febr. (Abgeordnetenhaus.) Auf die Interpellation des Abg. Dr. Möller, betreffend die Wahlbeeinflussung des Landrats zu Eylau durch die Empfehlung eines Candidaten im „Eylauer Kreisblatt“, erklärt der Regierungs-Commissar, der Regierung sei der Inhalt des Artikels noch unbekannt; der Herr Minister des Innern werde die Interpellation in 8 Tagen beantworten. — Die Regierungs-Vorlage, betr. die Aufhebung der inländischen Weinsteuer, wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Ebenso das Gesetz, betr. die Rechtsgeschäfte im Bezirk Ehrenbreitstein. Auf Antrag des Abg. v. Hoverbeck setzt das Haus den mündlichen Bericht des Abg. v. Unruh über Staats-Eisenbahnen von der Tagesordnung ab; der Bericht soll mit den übrigen Eisenbahnvorlagen zur Erledigung kommen. — Es folgen Wahlprüfungen.

Angelommen 8½ Uhr Vormittags.

Wien, 22. Februar. Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses beschloß in seiner gestern Abend stattgehabten Sitzung vom Budget der Kriegsmarine 2,390,000 Gulden abzustreichen.

(W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Altona, 20. Februar. Die „Sch.-Holst. B.“ meldet: Aus fast allen Städten und Districten Schleswig-Holsteins waren gestern Repräsentanten der Handels- und Industrie-Interessen in Flensburg versammelt. Es wurde eine Denkschrift an die Civilcommissare, welche die aus der Verlängerung des provisorischen Zustandes erwachsenden Uebelstände zusammenfaßt, beschlossen und unterzeichnet.

Wien, 21. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Vorausklag für den Staatshaushaltsetat 1866 auf den Antrag Baron Tintis dem Finanzausschus für das Budget 1865 zur Berichterstattung, „wann und in welcher Weise die Behandlung des Vorausklages für 1866 vorzunehmen sei“ zugewiesen. Graf Brants beantragte, von dem Finanzausschus einen Bericht zu erfordern, ob und in wie weit mit Rücksicht auf die Erklärung des Finanzministers bei Vorlegung des Vorausklags für 1866 die Feststellung der Bissernsätze für 1865 und 1866 ausnahmsweise in einer von dem bisherigen abweichenden Verfahren im Wege der Vereinbarung mit der Regierung vorzunehmen wäre. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen. Die übrigen in der letzten Sitzung eingebrachten Finanzvorlagen wurden an die Ausschüsse verwiesen. — Die nächste Sitzung wird kommenden Donnerstag stattfinden.

Wien, 21. Februar. Die Stimmung war im heutigen Privatverkehr sehr starr. Creditactien 188,40, Nordbahn 183,10, 1860er Loos 93,70, 1864er Loos 87,20, Staatsbahn 199,40, Galssier 223,25.

Paris, 21. Februar. Der „Moniteur“ zeigt an, daß die allgemeine Ausstellung der schönen Künste gleichzeitig mit der allgemeinen landwirtschaftlichen und industriellen Ausstellung am 1. Mai 1867 in Paris eröffnet werden wird.

Zur schleswig-holsteinischen Frage.

Es ist eine jetzt auch von den Conservativen nicht mehr bestrittene Thatsache, daß Preußen seit 1848 fortwährend die Pflicht gehabt hat, Schleswig-Holstein von der dänischen Verwaltung zu befreien. Es ist eben so unbestreitbar, daß Preußen seitdem mehrfach das Recht und die Gelegenheit gehabt hat, mit fühlbarem Entschluß die Herzogthümer gänzlich von der dänischen Krone loszulösen. Es konnte sogar, wie auch anderwärts anerkannt ist, mit Zustimmung der Majorität des deutschen Volkes und ohne einem unüberwindlichen Verstande von Seiten der europäischen Mächte zu begegnen, diese Lande seinem eigenen Staate einverleiben. Aber es verfälschte den rechten Zeitpunkt selbst da, als die Gelegenheit offenbar die allergrößte war. Als im November 1863 Friedrich VII. starb und fast Niemand an den Erbprinzen von Augustenburg dachte, als er selbst und wenige seiner Freunde, da erklärte die preußische Regierung, daß sie noch immer an den Londoner Tractat sich gebunden erachtete, und daß sie Christian IX. auch in den Ländern südlich der Königsau anerkennen würde, sobald er nur die Stipulationen von 1851 und 1852 anerkenne und durchführen wollte. Und doch war gerade in diesem Moment die einzige Lösung, die durch die deutsche Nation ging und gehen durfte: „Los von Dänemark!“ Den Schleswig-Holsteinern blieb bei dieser Politik Preußen nichts übrig, als den Verfechtern der sogen. Legitimität das Erbrecht Friedrichs VIII. entgegenzuhalten, ein Recht, das, wenn sie nicht von jeder Consequenz sich lossagen wollten, ihnen selbst doch unendlich legitimer erscheinen würde, als die Rechte, die sie aus dem Londoner Protocoll folgerten. Friedrich VIII. wurde auf dem Schild erhoben, weil nur unter seinem Beide die Posttrennung von Dänemark erreichbar schien. Aber die Sache, um die es sich handelte,

war nicht das vergamentene Erbrecht einer Fürstenfamilie, sondern das unsterbliche Recht eines Volkes.

Indes das Blatt wandte sich. Der Stimme des in diesem Punkte einmütigen Deutschlands konnte kein ernstlicher Widerstand entgegengestellt werden, und am Ende stellte auch die durch preußische Waffen errungene Posttrennung von Dänemark dem preußischen Staate einen Machtzuwachs in Aussicht, wie ihn hr. v. Bismarck weder durch das Verharren auf seiner bisherigen Politik, noch auf irgend einem andern Wege jemals erhoffen konnte. Deshalb folgte er dem Rufe der Nation und Schleswig-Holstein wurde in der That frei von Dänemark.

So hatten wir es erlebt, daß ein Minister, dessen innere Politik in einem scharfen Gegenfaze zu dem Geiste des Volkes stand, doch, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu treten, in seiner äußerer Politik dasselbe vollführte, was dieses Volk von ihm beabsichtigte. Gleichwohl war damit keineswegs die Wahrheit des Sages erschüttert, daß in den äußeren Angelegenheiten kein Staatsmann eine nationale Politik bis zu Ende durchführen kann, wenn er in den inneren Angelegenheiten nicht den Geiste seines Volkes zu folgen versteht. Die Grundsätze seiner inneren Politik waren es, die Herrn v. Bismarck noch bis zu den entscheidenden Waffenhaten hin von den nationalen Zielen ferngehalten hatten. Die Grundsätze seiner inneren Politik sind es, die ihn nach errungenem Siege wieder zu einer unvollständigen Behandlung der schleswig-holsteinischen Sache nicht bleib veranlassen, sondern nötigen. Sie gestatten nicht, die endliche Entscheidung über die Art und Weise, wie Schleswig-Holstein mit Deutschland und Preußen vereinigt werden soll, gewünschaflich mit den Vertretern des Volkes festzustellen. Auch rufst du die Stimme des Volkes ihm bei dieser Feststellung nicht eine so unüberstiehbliche Mahnung zu, wie es einst das „Los von Dänemark“ war. Denn ein so einfaches Wort findet nur das Gewissen eines Volkes und das Gewissen stellt eben nur einfache fiktive Forderungen. Wenn freilich zu diesen Forderungen auch die gehört, daß Schleswig-Holstein mit Deutschland fest und innig verbunden werden soll, wie ein Glied mit seinem Körper, so schweigt das Volksgewissen doch über die Art und Weise dieser Verbindung. Hier ist es vielmehr der klug berechnende Verstand, der gehört werden muß. Der Verstand des Volkes aber kommt zu einem einmütigen Urtheil nur durch die ruhige Berathung seiner staatlichen Organe und eine solche Berathung wieder kann nur da eintreten, kann wenigstens nur da zu einem befriedigenden Resultat gelangen, wo diese Organe, wo also Volksvertretung und Regierung zu einem wirklich lebendigen, gefünd Organismus mit einander verbunden sind. Diese organische Verbindung aber ist in Preußen eine Unmöglichkeit, so lange die innere Politik dieses Staates nach dem gegenwärtigen System geleitet wird. Eben so unmöglich ist es, unter der Herrschaft dieser Prinzipien eine gesunde Einigung mit der schleswig-holsteinischen Volksvertretung zu bewerkstelligen, oder gar mit einem deutschen Parlamente sich über die Errichtung eines deutschen Bundes- oder Einheits-Staates zu vereinbaren.

So lange daher der preußische Verfassungs-Conflict nicht im Sinne des Rechtes und der Freiheit gelöst ist, so lange müßten wir es für bloße Kannegieberei halten, wenn wir uns ernstlich in den Streit derer einmischen wollten, die in Broschüren und Zeitschriften aller Art, theils für die Annexion, theils gegen dieselbe, theils für den deutschen Bundes-, theils für den deutschen Einheitsstaat sich ereisen. Wohl hat auch Treitschke, der beredte Führer des deutschen Einheits-Staates, ein Mann vom edelsten Charakter, gelehrt und geistvoll wie wenige, im Namen der Freiheit und des über allen pergamentenen Rechten stehenden Volkerechtes sich für die Annexion Schleswig-Holsteins ausgesprochen. Gewiß werden alle darin übereinstimmen, daß die Annexion der Herzogthümer das Wunschspertheile sei, wenn die Bedingungen vorhanden wären, unter denen sie sich durchführen läßt. Ob diese Bedingungen in Wirklichkeit jetzt vorhanden sind, darüber dürfen nur wenige im Unklaren sein. Was spätere Tage bringen werden, ist völlig unberechenbar. Erst wenn es eingetreten sein wird, werden wir die Fragen kennen, die zu beantworten uns obliegt. Heute schon Antworten geben zu wollen auf Fragen, die vielleicht nie oder doch nur unter gänzlich neuen Bedingungen an uns herantreten werden, wäre eben nichts als Kannegieberei.

Politische Übersicht.

Die innere wie die äußere Politik scheinen in Berlin etwas ins Stocken gerathen zu sein. Durch die Verhandlung über die Eisenbahnvorlagen und den Michaelis'schen Antrag ist eine entscheidendere Wendung vorläufig unmöglich gemacht. Das Abgeordnetenhaus will vor Allem erst den General-Bericht über das Budget entgegennehmen und es ist gut, daß die Auflösungen, welche das Land daraus über die Finanzlage Preußens erwarten darf, demselben nicht vorenthalten werden. Die „Kreuztg.“ ist hierüber zwar sehr aegirt, aber desto besser. Sie verböhnt und schwipft in ihrer schlechten Stimmung über die richtige Taktik des Hauses den Grafen Schwerin, den Urheber des Beratungs-Antrages und nennt ihn einen „beschränkten Staatsmann“, der „der Fortschrittspartei die Kasanien aus dem Feuer hole.“ Die „Kreuzzeitung“ hatte schon mit Sicherheit darauf gerechnet, daß bei der Verhandlung über den Michaelis'schen Antrag eine Spaltung zwischen den großen liberalen Fractionen hervortreten würde. Auch diese Aussicht ist ihr genommen, da die Pause inzwischen benutzt werden wird, um die Verschiedenheiten der Meinungen auszugleichen. Dies würde um so sicherer zu erwarten sein, als in dem Hauptpunkte eine Differenz der Meinung unter den liberalen Fractionen vom Grafen Schwerin bis zu Waldeck nicht besteht. Eine Anleihe für jene Eisenbahnvorlagen zu bewilligen, liegt weder in der Absicht der Fort-

schriftspartei, noch der Fraktion Bockum-Dolffs. Es fragt sich nur, ob man vielleicht diejenigen Vorlagen, die keine Anleihe fordern, genehmigen und für die Ausführung anderer die Mittel aus den disponiblen Hilfsquellen bewilligen werde. Nur in diesem Punkte bestehen noch Meinungsverschiedenheiten, die aber gewiß in nächster Zeit ihre Erledigung finden werden.

In Bezug auf die Militärfrage verlautet, daß der Abgeordnete Stavenhagen ein Amendment zur Militär-Novelle einzubringen beabsichtige, welches ein Contingentsgesch mit der Bestimmung eines Maximalsalzes der Friedensarmee von etwa 180,000 Mann enthält. Ein ähnlicher Gesetzentwurf mit einem Friedensstande von ca. 190,000 Mann und mit der Bestimmung einer Vermehrung der Zahl bei steigender Bevölkerungszunahme soll auch nach den Versicherungen eines Berliner Offiziers der „H. B. D.“ schon früher im Ministerium aufgearbeitet gewesen, aber später wieder zurückgezogen sein.

Wenn man den letzten Artikeln der „Nord. Allg. Blg.“ irgend welche höhere Bedeutung beilegen wollte, so wäre allerdings jede Aussicht auf eine Verständigung in der Militärfrage geschrumpft. Sie rastet in den letzten Tagen wieder dermaßen mit dem „Innen-Doppel“, daß die „Provinzial-Correspondenz“ neben ihr wie ein wahres Lamms an Sanftmuth und Friedlichkeit erscheint. „Eine Volksvertretung ist kein realer Machtkörper — sagt sie. — Sie ist nur die augenblickliche Verkörperung einer politischen Beiträgung. Ein Comproposit mit einer Volksvertretung kann daher nur infoweit stattfinden, als sich dasselbe auf Dinge erstreckt, die auch nur durchaus momentaner und vorübergehender Natur sind.“ Nichts davon Anerkennung des Budgetrechts des Abgeordnetenhauses, nichts da von sonstigen Concessions! „Die Regierung kann warten!“ ruft sie trotz aus. Meint die „Nord. Allg. Blg.“ etwa, das preußische Volk könnte nicht warten? Die „N. A. B.“ scheint dana doch einigermaßen umholt zu sein, wenn sie sich einbildet, daß das Volk und seine Vertreter aus reiner Ungeplaudert in allen Punkten nachgeben wird. Das Abgeordnetenhaus ist dreimal aufgelöst und das Volk hat seine Vertreter wieder gewählt, mit dem Auftrage, fest auszuholen auf dem Boden des Rechts und Gesetzes. Glaubt die „N. A. B.“ wirklich, das preußische Volk wäre so in Eile, daß es zum vierten Male nicht ebenso wählen könnte als vorher? Die Völker pflegen nicht so kurzen Athem zu haben.

Die Commission zur Beratung des Vertrages mit Altenburg über den Austausch von Dorfschästen hielt gestern unter dem Vorsitz des Abg. v. Rönne eine fünfstündige Sitzung. Es fand eine lebhafte Discussion statt. Gegen den Vertrag wurde vielfach das Widerstreit der altenburgischen Staatsangehörigen gegen ihre Einverleibung in Preußen und zwar wegen der diesseitigen Steuer- und Militärverhältnisse geltend gemacht. Man trat darauf in die Spezial-Debatte ein und beschloß die Streichung des § 10, welcher also lautet: „Werden in Preußen die früheren Jagdberechtigungen wieder hergestellt, so soll den vorher Altenburgischen Unterthanen das Entschädigungscapital vom preußischen Staate zugesetzt werden, welches sie im Herzogthum Altenburg für das Jagdrecht bezahlt haben, oder die Jagd auf ihren Grundstücken belassen werden.“ Man ging dabei von der Meinung aus, daß es eine Beleidigung der preußischen Regierung sei, ihr zuzumuten, das aufgehobene Jagdrecht jemals wieder herzustellen. Bei der Abstimmung über das Ganze wurde jedoch einstimmig beschlossen: In Erwägung, daß die altenburgischen Unterthanen in den Gemeinden Wilschütz und Gräfendorf theils nicht gehört würden und theils Protest erhoben haben, beschließt die Commission, dem Hause die Ablehnung der verfassungsmäßigen Genehmigung zu dem Vertrage zu empfehlen.

Die Budget-Commission fuhr gestern in fast fünfstündiger Sitzung mit der Verlesung des Generalberichts fort. Die Klagen über die geringe Besoldung der Lehrer wurden naamentlich eingehend besprochen.

Das Exposé der französischen Regierung über die schleswig-holsteinische Frage aus dem dem gesetzgebenden Körper vorgelegten Blaubuch liegt nunmehr vollständig vor. Der Schlusshaus lautet wörtlich:

„Da die Vorläufe Frankreichs und der übrigen neutralen Mächte (auf der Londoner Konferenz) kein Gehör fanden, so hat die dänische Nation, darin dem Gefühl militärischer Ehre gehorrend, für notwendig erachtet, einen ungleichen Kampf gegen zwei der größten Armeen Europas fortzusetzen und, nachdem sie von ihrer Entschlossenheit und Energiezeugnis abgelegt, sich gezwungen gesehen, ein directes Abkommen mit den beiden deutschen Geschwächtern anzunehmen. Obgleich die Kaiserl. Regierung nur auf offizielle Weise in dieser Unterhandlung intervenieren konnte, so hat sie doch keine Gelegenheit verhabt, um das Gerechtigkeitsgesetz der Cabine von Wien und Berlin zu Gunsten Dänemarks anzurufen, indem sie dieselben daran erinnerte, daß, je unverhältnismäßig die in dem Kampfe engagirten Streitkräfte gewesen, desto mehr der Siegte das Recht habe, auf Prädication des Siegers zu rechnen. Wir konzentrierten mit Bedauern, daß die der dänischen Regierung aufgewandte Lösung nicht mehr den von uns ausgerückten Wünschen gemäß ist. Die Bewölkerungen wurden über ihr Schicksal nicht consultirt. Der scandinavische Theil Schleswig's wurde Dänemark nicht gelassen, mit dem es aber doch durch eine unbestreitbare Gemeinschaft der Sitten, des Ursprungs und der Sprache verbunden ist und Deutschland hat sich auf diese Weise selbst in die falsche Position gestellt, welche es dem Kopenhagener Cabinet so lange Zeit vorgeworfen hat.“

„Diese Lage der Dinge hat in den Herzogthümern schon

Schwierigkeiten hervorgerufen, die sich auch im deutschen Bunde fand gegeben haben und die Erfahrung hat die Vor- aussehungen der Regierung Sr. Maj. schnell gerechtfertigt. Indem sie verlangte, daß von der einen, wie von der andern Seite dem Nationalitäts-Prinzip, der einzigen Grundlage eines dauerhaften Friedens, Rechnung getragen werde, batte sie das Bewußtsein, zugleich die practischste und gerechteste Lösung in Vorschlag zu bringen. Was heute vorgeht, scheint es zu beweisen. Die Lage der Herzogthümer ist in der That eben so anormal, als preair, und die bedauernswerte Unsicherheit, welche auf der Zukunft liegt, compromittirt ihre moralischen und materiellen Interessen. Die Bewohner des dänischen Theiles Schleswigs protestiren gegen ihre Annexion an Deutschland. Die Frage der Erbsfolge erwartet noch eine Regulirung und veranlaßt bedauernswerte Debatten zwischen den verschiedenen deutschen Cabinetten.

Die Regierung des Kaisers, welche sich einer Intervention in die Differenzen der deutschen Mächte enthielt, constatirt mit Vergnügen, daß sie ihrer Loyalität Gerechtigkeit widerfahren lassen. Da sie aber weder die Bedingungen des Gleichgewichts im Norden, noch die Tragweite der gegenwärtigen Ereignisse erkennen darf, so hegt sie die aufrichtigsten Wünsche, daß die Angelegenheit der Herzogthümer bald definitiv geregelt werde, ohne die europäischen Interessen zu compromittiren und ohne die allgemeine Lage zu verschwärzen.

Bemerkenswerth ist, daß durch diese und die gestern erwähnten Veröffentlichungen alle früheren Mittheilungen der offiziösen Correspondenten von einer vollständig reservirten Haltung Frankreichs sich als unrichtig darstellen.

Berlin, 21. Februar. Gestern wurde von Sr. Maj. dem König eine Deputation aus Pommern, an deren Spize der Fürst zu Putbus stand, empfangen, welche die Gegenwart der Majestäten und des Kronprinzen bei einem Feste erbat, durch das im Juni die vor 50 Jahren erfolgte Vereinigung Beuvorpommerns und Rügen mit Preußen gefeiert werden soll. Die Einladung wurde angenommen. Auf dem Balle im Palais des Prinzen Albrecht erschien der König nicht.

Wie die feudale Correspondenz meldet, ist eine Deputation, an deren Spize der Abgeordnete Wagener steht, auf morgen zu S. A. H. dem Kronprinzen beschieden, um die Summe von 4000 R. zu überreichen, welche von dem preußischen Volks-Verein für die Kronprinzstiftung gesammelt worden sind.

Der Unterhändler des französisch-preußischen Handelsvertrages, Herr de Clerq, der vor Kurzem in Berlin weilte, befindet sich nunmehr in Hamburg, um die Frage des Eintritts der Herzogthümer in den Zollverein zu studiren.

* Die Mitteilung der Glashütner'schen „Mont.-Btg.“ über einen Besuch des Herrn v. Bismarck bei dem Vorsitzenden eines Berliner Consumentvereins, Dr. Müller, wird von der „Ref.“ und der „B. Bors.-Btg.“ für unrichtig erklärt.

Der Abgeordnete v. Bünke (Olbendorf) ist in das Abgeordnetenhaus eingetreten.

England. London, 20. Febr. Die Journale bringen einige von Seward publicierte Actenstücke, die manche gereizte Bezeichnung gegen England enthalten und Besorgniß vor europäischer Intervention aussprechen. Der ministerielle „Globe“ fürchtet, daß nach dem jetzigen Scheitern der Friedensunterhandlungen der Bürgerkrieg nur heftiger entbrennen, da auch der Süden die Slaven bewaffnen werde.

Danzig, den 22. Februar.

* [Stadtvorordneten-Sitzung am 21. Februar.] Stellv. Vorsitzender Herr Damme; der Magistrat ist durch die Herren Oberbürgermeister v. Winter, Stadtrath Hirsch und Stadtbaurath Lüdtke vertreten. — Vor der Tagesordnung stellt Herr Kloose den Antrag, in Betriff des Erhebungsmodus für die neue Gebäudesteuer den Magistrat zu ersuchen, statt wie jetzt monatlich die kgl. Gebäudesteuer und die Realabgaben zugleich vierteljährlich einzuziehen. Herr v. Winter ersucht Herrn Kloose, den Antrag zurückzunehmen. Der Magistrat habe bereits beschlossen, daß Allen, welche die allmonatliche Einziehung der Steuer unangenehm sei, gestattet werden solle, vierteljährlich zu bezahlen. Während der jetzige Modus Bielen lästig sei, sei es Andern bequem und angenehm, in kleineren Raten Zahlung leisten zu können. Es folle aber dem Wunschen so weit möglich Rechnung getragen werden. Herr Kloose erklärt hierach seinen Antrag für erledigt. — H. Krüger bittet den Herrn Oberbürgermeister um Auskunft über den Stand der Verhandlungen betr. die Gesellenkrankenkassen, welche bekanntlich seit Durchführung des neuen Statuts des städtischen Lazareths statt 6½ Gr. früher, jetzt 12½ Gr. pro Tag bezahlt müßten. Es sei anzunehmen, daß die Krankenkassen bei Beibehaltung des hohen Sazess zum großen Theil nicht würden bestehen können. Wie er gehört, habe der Magistrat sich bereit erklärt, einen Theil der 100 Freibetten, welche die Stadt bisher im Lazareth gehabt, zu Gunsten der Gesellenkrankenkassen abzutreten, indem sei dies unmöglich geworden, nachdem auf Anordnung der königl. Regierung die Zahl der der Stadt zu gewährenden Freibetten von 100 auf 35 reducirt sei. Es liege gewiß im Interesse der Commune, daß eine Auslösung der Krankenkassen verhindert werde. — Herr Oberbürgermeister v. Winter erklärt die vorstehenden Mittheilungen im Allgemeinen für richtig. Die Verlegenheiten der Krankenkassen seien eine Folge der Verwirrungen der Verhältnisse zwischen Stadt und Lazareth. Die Kassen seien beim Magistrat um Ermäßigung der Preissäze eingetreten; aber eine Abhilfe liege ganz außer dessen Macht, weil er ohne Einfluss auf das Lazareth sei. Nachdem der Herr Minister zugegeben, daß ein Mitglied des Magistrats in den Vorstand des Lazareths eintrete, glaubte der Magistrat, daß hierdurch der Grund zu einem günstigen Resultate der Unterhandlungen gelegt sei; es sei aber bis jetzt bei Wünschen geblieben und die Verhältnisse lägen heute noch wie früher. Weil die Verwaltung des Lazareths faktisch mit Deficit arbeite und dieses Deficit sich noch vergrößern müsse, wenn sie wie früher 100 Betten für die Stadt reservirt halten müßte, so habe dies den Herrn Minister bewogen, diese Zahl aus 35 zu reduciren. Der Magistrat sei dadurch noch um so viel weniger in Stande, der Gesellenkrankenkasse Hilfe zu verschaffen. Er habe sich nun in Betracht der bedauerlichen Sachlage neuerdings nochmals an den Herrn Minister gewandt und jede Verantwortlichkeit abgeschaut für die Nachtheile, die die jetzigen Verhältnisse mit einem Institute notwendig zur Folge hätten, daß so lange zum Nutzen der Stadt gearbeitet habe. Der Magistrat habe die Wünsche der Stadt und ihrer Vertreter dem Herrn Minister nochmals dringend aus Herz gelegt und um Verstärkung im Interesse des allgemeinen Besten ersucht, und er sei entschlossen, wenn auch dieser Schritt keinen Erfolg habe, den Rechtsweg zu beschreiten und selbst die große Unannehmlichkeit nicht zu scheuen, um endlich einen Entschluß herbeizuführen. Diese Erklärung des Herrn Ober-Bürgermeisters wird von der Versammlung mit Beifall aufgenommen.

Hr. Biber interpellirt den Magistrat, ob etwas in Beziehung auf den Besluß der Versammlung vom 31. Jan., betreffend die neue Ferienordnung, geschehen sei. Hr. v. Winter erwiderte: die Zeit zu einer die Sache erledigenden Vorlage seit dem betr. Besluß sei zu kurz. Es sei die Absicht des Magistrats seiner Zeit nur dahin gegangen, bei der Anwesenheit des Hrn. Provinzial-Schulrat Schrader sich durch diesen über die Gründe zu informiren, welche die betr. Behörde zu der Änderung der Schulferien im Auge gehabt. Das Provinzial-Schulcollegium sei davon ausgegangen, daß die Zeit nach den Sommerferien für die Schule verloren sei; gleich darauf kämen die Examens und dann die Herbstferien; es sei daher räthlich, die Sommer und Herbstferien zu combinieren. Auch in andern Provinzen, z. B. der Rheinprovinz, wäre diese Ordnung an den katholischen Gymnasten eingeführt und gut befunden worden. Der Magistrat kann nun diesen Ansichten seine Billigung nicht versagen und sei auch der Meinung, daß ununterbrochene Ferien zu empfehlen seien. Er verkenne aber die Gründe gegen die neue Ferien-Ordnung nicht und deshalb werde der Magistrat sich nochmals an das Provinzial-Schul-Collegium wenden, und einen früheren Anfang der Ferien beantragen, so daß dieselben spätestens am 1. August beginnen. Der Magistrat werde noch einen zweiten Antrag hinzufügen. Er halte es für dringendes Bedürfnis, daß den Kindern möglichst viele Gelegenheit gegeben werde, im Freien, außerhalb der Mauern der Stadt zu bringen. Der Nachmittags-Unterricht während der Sommermonate habe sich als nutzlos erwiesen; er werde oft unterbrochen, Schüler müßten wegen Erschaffung entlassen werden u. dgl. m. Der Sommer sei hier überhaupt so kurz, daß man der Jugend mehr Zeit gewöhnen müsse zum Schwimmen, Baden, Turnen und sonstigen kräftigenden Übungen. Der Magistrat beabsichtige daher, das Provinzial-Schul-Collegium zu bitten, den Nachmittags-Unterricht aufzulassen zu lassen, selbst wenn dann die Ferien etwas gekürzt werden müßten.

Die Versammlung tritt nunmehr in die Tagesordnung. In dem zwischen dem A. Fiscus und der Stadtgemeinde abgeschlossenen Übereignungsvertrage hat der Magistrat die Verpflichtung übernommen, den wallseitigen oder westlichen Flügel des Franziskaner Klosters für die Bedürfnisse der Gewerbeschule auszubauen. Magistrat legt nun zwei Entwürfe nebstd Kostenanschlägen, beide auf 13,000 R. abschließend, vor und empfiehlt den mit Nr. 4 bezeichneten. Erläuternd wird hinzugefügt: Die Schule besteht aus zwei Klassen und wird gegenwärtig von 40–50 Schülern besucht; jedoch ist zu erwarten, daß bei Gewährung genügender und entsprechender Räume ihr Besuch erheblich zunehmen werde. Das nach einem bestimmten Programm aufgestellte Project Nr. 1 erhält indeß bei der gegebenen Größe des Gebäudesflügels in allen Räumen so außerordentlich große Dimensionen, daß es zweckmäßig schien, dasselbe auf ein bescheideneres Maß zurückzuföhren. Inzwischen waren die Aufräumungsarbeiten so weit vorgeschritten, daß sich die imponirenden Höhenverhältnisse des schönen Kreuzganges übersehen ließen, welcher mit seinen reichen Gewölben noch auf 3 Seiten des inneren Hofes besteht, während auf der vierten, dem westlichen für die Prov.-Gewerbeschule bestimmten Flügel, diese Gewölbe schon Ende vor Jahrhunderts eingefürt sind. Nachdem der 5 Fuß hoch über dem ursprünglichen Fliesenfuß dieses Kreuzganges aufgeschüttete Boden stellenweise aufgerauft worden war, entstand der Wunsch, auch diesen Kreuzgang in seiner ursprünglichen Schönheit wiederherzustellen. In Folge dessen wurden mehrere Entwürfe angearbeitet, von denen der mit Nr. 4 bezeichnete, von der Baudeputation als der beste empfohlen worden ist. Magistrat ist nun der Ansicht, daß es sich bei der Wiedereinwölbung des Kreuzganges nicht um die Atpirung desselben für die Bedürfnisse der Schule handeln könne, sondern lediglich um Wiederherstellung des einheitlichen um den inneren Hof im Zusammenhang herumführenden Überwölbten Flures, und daß diese Continuität des Kreuzganges weder durch trennende Wände, noch durch Einbauten irgend welcher Art unterbrochen werden darf. Dadurch wird eine Modification des Vertrages nötig und Magistrat würde auf die mit einem Mehrkostenaufwande von 1000 R. verknüpfte Wiedereinwölbung des Kreuzganges nur eingehen, wenn derselbe ausdrücklich aus der Reihe derjenigen Räume gestrichen würde, welche für die Gewerbeschule auszubauen die Stadt verpflichtet ist und freie Disposition darüber behält. Die Erlaubnis zur Aufstellung etwa von werthvollen Modellen oder dergl. muß aus keiner Verpflichtung, sondern aus freiem Willen hervorgehen. Magistrat stellt nun den Antrag: Die Stadtv.-Bef. wolle 1) in Übereinstimmung mit der vom Magistrat entwickelten Auffassung sich mit der Ausführung des Projects Nr. 4 (unter Wiederherstellung des Kreuzganges) Befufs Ausbaues des westl. Flügels) unter der Bedingung einverstanden erklären, daß das A. Ministerium für Handel &c. von der vertragsmäßigen Verpflichtung zur Verwendung auch dieses Kreuzganges für die Gewerbeschule Abstand nimmt und die Disposition über denselben der Stadt überläßt. 2) Für den Fall aber, daß das A. Ministerium sich wider Erwarten hierzu nicht bereit finden lasse, die Zustimmung zur Ausführung des Projects Nr. 1 aussprechen, und 3) in dem einen wie in dem andern Falle es genehmigen, daß in dem diesjährigen Etat die Summe von 13,000 R. Befufs Ausführung des Baues aufgenommen werde. Herr Biber ist in der Hauptfache mit dem Magistrat einverstanden, wünscht aber, daß die Ausführung des Projects No. 1 unter allen Umständen wegfallen. Er schlägt deshalb vor, das Project Nr. 4 pur anzunehmen; im Falle, daß das Ministerium dies nicht genehmigen sollte, das derselbe Project zu acceptiren mit der Bedingung, daß die 1000 R. für den Kreuzgang aufstellen. Herr v. Winter zweifelt nicht im Mindesten an der Einwilligung des Herrn Ministers, um so weniger, da ja Herr v. Quast die Conservirung des Kreuzganges ebenfalls für wünschenswert erklärt habe. Herr F. W. Krüger empfiehlt ebenfalls das Project Nr. 4; wenn dasselbe zur Ausführung käme, würde keine Gewerbeschule im ganzen preußischen Staate ein gleich zweckmäßiges Lokal besitzen. — Bei der Abstimmung entscheidet sich die Versammlung für die Annahme der Magistrats-Vorlage unter der in den Biber'schen Antrag enthaltenen Modification. — Die Versammlung bewilligt also 3000 R. zu den weiteren Vorarbeiten für die Wasserleitung. Ein dabei von Herrn F. W. Krüger gestellter Antrag: „den Magistrat zu ersuchen, die geeigneten Schritte zu thun, der Stadt das bisher gehabte unverkürzte Recht der fernherweitigen ungehinderten Benutzung des vollen Radouenwassers zu wahren, event. gegen Herrn Geh. Rath Hoene, wegen Errichtung eines Stauwerkes bei Leesen flagbar zu werden“, wird nach der Erklärung des Hrn. v. Winter, nach welcher sich der Magistrat mit dieser Frage seit längerer Zeit beschäftige, zurückgezogen. Näheres Morgen.

* Heute Vormittag 10 Uhr brach im Criminalgerichtsgebäude und zwar in dem an der Schießstange gelegenen Schulgefängnis Feuer aus. In Folge einer schadhaft gewordenen Schornsteinanlage hatten sich die Balken und die Verschalung einer Zimmerdecke entzündet und das Feuer bereits den Weg zum Dachstuhl gefunden,

als es entdeckt wurde. Mit Hilfe der Criminalgefängnisse gelang es den Gerichtsbeamten, den Brand so lange in seinen Grenzen zu halten, bis die Feuerwehr erschienen war und unter Anwendung einer Spritze die Gefahr binnen Kurzem beseitigte.

Der im Herbst v. J. in das hiesige 2. Bataillon des 3. Grenad. Regiments Nr. 4 eingestellte Dienstpflichtige Robolewski ist dieser Tage plötzlich aus dem Militärdienst entlassen worden, weil es sich inzwischen herausgestellt hat, daß er kurz vor seiner Einstellung in das Militär in Gemeinschaft eines zweiten Arbeiters bei einem in der Nähe von Thorn wohnenden Dorfschreiber einen Raub verübt hat. ic. R. ist nach Thorn transportirt und dem dortigen Gerichte übergeben worden.

* [Traject über die Weichsel.] Terespol und Culm mit j. derlei Fuhrwerk über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Warlubien und Graudenz über die Eisdecke mit Fuhrwerk jeder Art; Czerwink und Marienwerder zu Wagen über die Eisdecke bei Tag und Nacht.

Elbing. (E. A.) Dem Vernehmen nach ist von der Königl. Regierung zu Danzig die Anordnung von öster abzuhaltenden Landessessionen in den diesseitigen Kreisen getroffen worden.

± Thorn, 21. Febr. [Creditgesellschaft.] In den drei Meilen von hier im Kreise Thorn belegenen Stadt Culmsee ist dieser Tage eine „Creditgesellschaft“ begründet worden, unter der Firma „C. Hirschfeld (Kaufmann) & Co.“ Dieses Credit-Institut ist nach denselben Principien, wie die hiesige und die Elbinger Creditgesellschaft eingerichtet. Das Action-Capital beträgt vorläufig 10,000 R., und ist bereits vollständig gezeichnet. Das Geschäft wird am 1. April eröffnet. Den Verwaltungsrath bilden die Herren: Bürgermeister a. D. Kaun, Gutsbesitzer Lincke-Zelno, Gutsbesitzer Holze, Maurermeister A. Pichert, Zimmermeister Welde, Rentier Zimmermann. Die Actionäre sind Gewerbetreibende aus Culmsee und Gutsbesitzer aus der Umgebung.

Thorn, 20. Februar. (Bromb. B.) Unser berühmter Mitbürger Bogumił Golsz ist am 18. von Stettin hier eingetroffen, befindet sich aber leidend; die Grippe, an der er dort erkrankt war, ist zwar gehoben, aber seine Nerven sind sehr angegriffen und verstimmt, er wird hier in Ruhe den Eintritt der Frühlingswitterung abwarten, deren erfrischende Kraft hoffentlich auch diesmal ihm die frühere Gesundheit wieder geben wird.

Der Kreisgerichts-Director Kirchhoff in Labiau ist zum Tribunalrath in Königsberg ernannt worden.

Was ist von einer Zuckersfabrik in hiesiger Gegend zu halten, und würde eine solche Anlage, falls man ungestüm damit vorgeinge, in Anbetracht der jetzigen niedrigen Getreidepreise nicht von erheblichem Interesse sein?

Diese Frage beantwortete in der Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins zu Neuteich vom 14. Februar Herr Gutsbesitzer A. Ehrenberg in Gr. Lichtenau in folgendem Vortrage:

Es ist jetzt für die Landwirthe eine trübe Zeit und Vieles derselben werden in Anbetracht der anhaltenden niedrigen Getreidepreise veranlaßt, darüber nachzudenken, auf welche Weise und mit welchen Mitteln es ihnen möglich werden könnte, ihren Grund und Boden, und somit auch das darauf verwendete Capital und die Arbeit entsprechender zu verwerthen. Und dies ist auch die Ursache gewesen, daß die Eingangs erwähnte Frage in Bezug auf Anlegung einer Zuckersfabrik in hiesiger Gegend gestellt worden ist. Von der geehrten Versammlung ist in der letzten Vereinsitzung das Referat über dieses Thema mir übertragen worden und ich muß gestehen, daß ich mit Freuden daran gegangen bin, alle meine in der früheren Heimat, der Provinz Sachsen, gemachten Erfahrungen überschlächtlich zusammen zu stellen und die Sache gründlich von allen Seiten zu beleuchten. Doch muß ich, der ich kein Redner bin, im Voraus bitten, meinen dässigen Vortrag mit geneigter Nachsicht aufzunehmen zu wollen, wenn dieselbe in formeller Hinsicht vielleicht mangelhaft ausfallen und gegen die hier schon gehaltenen glänzenden Reden zu sehr abstimmen sollte. Sie wollen daher, meine Herren, den guten Willen für die That nehmen!

Indem ich nun zur Sache selber übergehe, sei es mir verstattet, hierbei zunächst den Acker und sodann die Fabrik selber speziell ins Auge zu fassen.

Die Voraussetzung der Existenz und der Thätigkeit einer Zuckersfabrik ist selbsterklärendlich der Zuckerrübenbau. Ob die Zuckerrübe hier im Werde gedeihe, das ist keine Frage mehr, das haben Versuche, die ich und Andere angestellt, glänzend bewiesen, wie ich auch im Stande bin, erfreuliche Resultate über die Ermittelung des Zuckergehaltes aus hier gebauten Rüben durch Atteste nachzuweisen, worauf ich am Schlusse noch zurückkommen will. Ich möchte mich dher nur darauf befränen, ein einfaches Rechenexempel darüber aufzustellen, welchen Ertrag resp. welche Einnahme an baarem Gelde ein Landwirth durch den Anbau der Zuckerrübe erzielen könnte. Der magdeb. Morgen Ackerland bringt mindestens 150 R. Rüben, was auf den culm. Morgen 330 R. Ertrag ausmacht. Zu dem durchschnittlichen Preise von 10 R. pro R. wobei ich noch erwähne, daß 1 R. Rüben ungefähr gleich ist 1 Schtl. Rüben, hätte man hiernach eine baare Einnahme von 50 R. pro magdeb. Morgen und von 10 R. pro culm. Morgen. Hieron müßte man allerdings die Unkosten abrechnen, die als Tagelohn für das Stecken der Rüben, das dreimalige Reinigen, das Ausnehmen, das Aufbewahren in Gruben, das Wegfahren (ausschließlich der Ackerung und der Führen) zu zahlen sind. Diese Unkosten stellen sich heraus auf 7 R. pro magdeb. oder auf 15 R. 12 R. pro culm. M. und würde also der Reinertrag für den ersten 43 R. und für den letzteren 94 R. 18 R. betragen. Das ist ein Resultat, mit welchem der Landwirth wohl zufrieden sein kann, abgesehen von den anderweitigen Vortheilen, die ihm durch den Rübenbau zufließen, und deren ich im weiteren Verlaufe gedenken werde. Nur das Eine sei mir noch erlaubt zu erwähnen, daß in Sachsen in der Regel höhere Erträge erzielt worden, als ich sie hier angegeben habe, und in meiner Berechnung das Tagelohn zum höchsten, der Rübenpreis dagegen zum durchschnittlichen Sazie angenommen worden ist.

Nachdem ich so den Reinertrag des Zuckerrübenbaues nachgewiesen, dürfte es ferner hier nicht meine Aufgabe sein, die Art und Weise desselben, sowie die erforderlichen Thätigkeiten näher darzulegen. Dies Alles seje ich als bekannt voraus, und nöthigenfalls könnte einmal darüber ein besonderer Vortrag gehalten werden. Was dagegen mehr hierher gehört, das ist der nachhaltige Nutzen, den der Zuckerrübenbau der Acker- und Viehwirtschaft gewährt. Zur Rübe muß der Acker auf mindestens 12 Zoll tief geplügt werden. Dadurch werden die Erdschichten gehörig durchmengt, der Boden überhaupt gelockert und durch das nachherige mehrmalige Behacken der gesteckten Rüben vom

Unfrüchte gereinigt. Die Nachfrucht wird dann jedenfalls ergiebiger, weil das gerührte Land an die Wurzel kommt und denselben mehr Kraft zuführt. Die Halmstücke, wie auch der Klee, können auf solchem Boden tiefer Wurzel fassen und besser geheften. — Und nun noch gar das Rübenkraut und die Abfälle von den ausgenommenen Rüben, die Rübenkörse geben fürs Rindvieh ein nicht zu unterschätzendes Futter, wovon man in Sachsen einen sehr vortheilhaften Gebrauch macht. Dort wird durchschnittlich auf je 5 bis 10 magd. M. ein Stück Rindvieh gehalten, und wo davon weniger ist, da hat man in der Stelle nach Verhältnis Schafe. Auf ein Grundstück von 300 Morgen kommen also circa 30 bis 60 Stück Rindvieh, das man, da mindestens der sechste bis dritte Theil des Ackers mit Rüben bebaut wird, mit dem gedachten Kraute und den Abfällen bequem 6 — 8 Wochen lang füttert. Und nun dürfte es wohl noch einleuchten, daß man durch dieses Futter nicht allein einen bedeutenden Ertrag an wohlgeschmiedeter Milch, also eine neue Geldeinnahme erzielt, sondern auch eine erhebliche Quantität des wirksamsten Düngers, der wiederum dem Acker zugute kommt.

Der zweite Theil meines Vortrages, zu dem ich nun übergehe, wird im Besondern die Zuckerfabrik selber behandeln, und will ich hier zunächst die Vortheile in Betracht nehmen, welche dieselbe, sobald sie in Betrieb gesetzt ist, jedem Actionair in Bezug auf seinen Viehstand, wie auch auf seinen Acker zu gewähren im Stande ist. Jeder Actionair erhält nämlich für seine gelieferten Rüben, außer dem dafür bezahlten Preise, 18% Prehrückstand unentgeltlich zurück. Dieser Prehrückstand ist eine feste Masse, die sich mindestens 1 bis 2 Jahre recht gut aufbauen läßt, als Viehfutter ganz vorzüglich zu verwenden ist und somit auch wieder durch Erzielung des Düngers dem Acker zugeschoben werden kann. Außerdem wird den Actionairen nach Verhältniß der Actien die sogenannte Schlammpresse verabfolgt. Dies ist eine Masse, die aus den Abgängen der Fabrik besteht, Kalk-, Salz- und Knochenreste enthalt, und als Dünger für den Acker so wirksam ist, daß sie dem theuren Guano fast nichts nachgiebt und ihn hinreichend ersetzt. Desgleichen kommen auch den Actionairen nach Verhältniß die Abfälle von den Rüben, nach dem Bepühen derselben in der Fabrik, wieder zu gut, welche ebenfalls als Futter fürs Vieh verwendet werden können.

Endlich komme ich zu dem Punkte, wo ich eine Berechnung der Anlage- und Betriebs-Kosten einer Zuckerfabrik, aber auch des Gewinntheils für die Actionäre aufstellen kann. Leider bin ich nicht im Stande, hier mathematisch ganz genaue und specielle Angaben zu machen, weil meine Correspondenzen ausgeblieben sind, durch welche ich mir nähere Auskunft verschaffen wollte, und habe ich allen Grund anzunehmen, daß die Fabrikbesitzer in Sachsen in dem hiesigen Boden und den mit gutem Erfolge angeflossenen Versuchen des Buckerrübenbaus eine Concurrenz ersteren sehen, weshalb sie so zurückhaltend sind. Doch kann ich versichern, daß meine Angaben, da sie auf Erfahrung beruhen, im Allgemeinen richtig sind, wenn ich auch nur in runden Zahlen spreche. Die gesammten Kosten für die Herstellung des Fabrikgebäudes usw. Einrichtung für einen Betrieb von mittlerem Umfange, der günstigsten Fällen erweitert werden könnte, so daß also täglich 1000 bis 1500 Cte. Rüben zu verarbeiten wären, beträgt 100,000 bis 115,000 R. In Sachsen baut man allerdings billiger, weil dort die Baumaterialien leichter zu beschaffen sind, und ich habe daher in Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse, welche ein solches Unternehmen erschweren, die besagte Summe höher gegriffen; doch wäre darin auch gleich der für die Fabrik herzustellende Kalkofen mit einbezogen. Eine so große Capitalanlage würde nun am geeignetsten auf Actien zu begründen sein, wobei jeder Actionärnecker sich verpflichten müßte, pro Actie eine bestimmte Morgenanzahl mit Rüben zu bebauen, damit auch anderseits der Fabrik das erforderliche Betriebsmaterial nicht fehle. Nehme ich nun die Actie zu 1000 R. an, (selbstverständlich müßten auch Theilnehmern zu 1/2 oder 1/4 Actie zugelassen werden), so würden hiernach aufs Höchste 115 Actien zu zeichnen sein. Denken wir uns fortan die Fabrik auf die Zeit von Anfangs September bis Anfang April, also auf 7 Monate, in Betrieb gesetzt! — Da die einfallenden Feiertage auszuschließen sind, auch wohl an den Maschinen Reparaturen vorkommen, wobei die Fabrik mitunter einen Tag lang pausieren muß, so kämen durchschnittlich auf den Monat 24 Arbeitstage, und also im Ganzen auf 7 Monat 168 Arbeitstage. Das Betriebsmaterial würde hiernach zu dem vorher anzunehmenden täglichen Quantum von 1000 Cte. auf 168 Tage = 168,000 Cte. Rüben erfordern. Bertheile ich diese gleichmäßig auf die 115 Actien, so würde das pro Actie 1461 Cte. ergeben, die nach meiner vorangeführten Berechnung (pro Morgen 330 Cte.) den Ertrag von etwa 4 bis 5 Morgen kultiv. ausmachen. Sonach müßte jeder Actionär sich verpflichten, pro Actie 5 Morgen kultiv. Rüben zu bauen. — Die Betriebskosten oder die Ausgaben der Fabrik berechne ich folgendermaßen:

1. Die Rüben werden jedem Lieferanten bezahlt, macht pro 168,000 Cte. à 10 R. 56,000 R.
 2. Steuer à Cte. 7 1/4 R. 42,000 R.
 3. Verzinsung des Anlage-Capitals und für Nutzung der Maschinen 10% 11,500 R.
 4. Arbeitslöhne, Feuerung u. dergl. 20,000 R.
- in Summa 129,500 R.

Die Einnahmen dagegen stellen sich folgendermaßen heraus:

Die hier gebauten Rüben sind chemisch untersucht und haben einen Zuckergehalt von 13—14% — 2 1/2% mehr, als in Sachsen. Nehmen wir nur 10% an, so würde die Fabrik aus den 168,000 Cte. Rüben 16,800 Cte. Zucker bereiten, welche à 10 R. per Cte. (jetzt kostet er 12 R.) eine baare Einnahme von 168,000 R. repräsentieren. Nach Abrechnung der vorbeschafften Ausgaben verbleibe demnach noch ein Rein-Gewinn von 38,500 R., der auf 115 Actien verteilt per Cte. 334 R. oder 33 1/2% vertheilt würde, außer den Zinsen fürs Anlage-Capital, die schon bei der Ausgabeberechnung erwähnt sind. Auch bei dieser Berechnung habe ich die Säze in der Ausgabe höher, bei der Einnahme niedriger angenommen, als sie in der Wirklichkeit sind und läßt sich daher erwarten, daß der Rein-Gewinn sich noch höher herauststellen wird.

In der Haupsache habe ich meine Aufgabe beendet. Wo Einzelnes noch nicht klar geworden sein sollte, bin ich gerne erläutrig, hier gleich nähere Auskunft zu ertheilen. So dürfte es vielleicht Manchem aufgefallen sein, daß von dem Anlage-Capital nur das Fabrikgebäude und die Maschinerie beschafft werden, während für den Betrieb zur Bezahlung der Rüben, der Steuern, der Zinsen und Arbeitslöhne nichts verbleiben sollte. Da würde ja ein Capital nötig sein

1) von 115,000 R. für die Fabrik selbst,

2) von 129,500 R. für den Betrieb,

in Summa 244,500 R.

Aber, m. G., so hoch dürfen wir uns nicht versteigen. Ist nur das erste Capital für die Fabrik zu etwa 1/4 durch Actenzeichnung geschert, so könnte der Bau sofort beginnen und die Sache ihren guten Fortgang haben. Die Maschinerie wird nämlich aus 2-jährigen Credit gegeben, darf also erst bezahlt werden, wenn sie schon Einnahme geschafft hat, und mit dem Beginn des Betriebes werden Zuckerlieferungen übernommen, für die es pränumerando Geld gibt, das zur Bezahlung der nötigen Ausgaben vorläufig hinreicht; auch für die Steuern gewährt der Staat ein 7- bis 8monatliches Ziel. Sie sehen also, daß das Unternehmen nicht allein ein landwirtschaftliches ist, sondern auch gleichzeitig als ein kaufmännisches Geschäft betrieben wird und seinen sicheren Gewinn in beiderlei Hinsicht bringen muß. In Sachsen, wo das Fabrikwesen im Vergleich zur hiesigen Provinz ein blühendes zu nennen ist, werden in neuerer Zeit noch immer mehr Zuckerfabriken erbaut. Dort war man anfänglich, als die Sache noch unbekannt war, auch zögernd und bedenklich, und allerlei Wenn und Aber wurden hin und her erwogen. Jetzt man jedoch die vortheilhafte Rentirung solcher Anlagen vor Augen hat, ist man so unternehmend geworden, daß, wenn 75,000 bis 80,000 R. für eine Zuckerfabrik gezeichnet sind, der Bau derselben auch sofort in Angriff genommen wird, und es ist noch nie vorgekommen, daß die Actionäre dabei Schaden gemacht haben. Ob auch in hiesiger Gegend ein solches Unternehmen zu Stande kommen könnte? Das bezweifle ich nicht, und es wäre nur zu wünschen, daß die Herren Besitzer im Werder die Sache vorurtheilsfrei prüfen und zu dem Zwecke aus ihrer Mitte Deputationen nach Sachsen schicken möchten, die an Ort und Stelle Kenntnis von den gleichen Anlagen nähmen. Es würde mich aber herzlich freuen, wenn es mir gelingen würde, eine Anregung dazu gegeben zu haben, und mit der Zeit ein Werk ins Leben gerufen würde, das für die Besitzer sowohl, als auch für die Arbeiter, ein reichlich lohnendes ist."

Bermischtes.

— Die Gräfin Danner vermählt sich in Nizza mit dem schwedischen Grafen Silversverstolpe. Die Nachricht ist bereits officiell.

Handels-Zeitung.

Börseudepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Februar 1865. Ausgegeben 2 Uhr 17 Min.

Angelommen in Danzig 3 Uhr — Min.

		Best. Grs.
Roggen ohne Kauflust	Ostpr. 3 1/2% Pfandbr.	84 1/2
loco	35 34 1/2	84 1/2
Februar	34 1/2 34 1/2	84 1/2
März-April . . .	33 1/2 33 1/2	94
Rüböl Febr. . . .	11 1/2 11 1/2	70 1/2
Spiritus do. . . .	13 1/2 13 1/2	79 1/2
5% Pr. Anleihe . .	106 106	Danzig. Pr.-B. Act. 111
4 1/2% do. . . .	102 102	Deitr. Credit-Actien. 84 1/2
Staatschuldsh. . .	91 1/2 91 1/2	Wechsle. London. 6, 22 1/2

Fondsbörse matt.

Hamburg, 21. Februar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. April-Mai 5400 Pfd. netto 92 1/2% Bantohaler Brief, 92 Röhl. Roggen still. April-Mai 5100 Pfund Brutto 78 Br., 77 1/2% Bd. Del Mai 25% — 25%, Oct. 25% — 25 1/2%, ziemlich fest, mäßiges Geschäft. Kaffee fest, doch rubig; für seine Sorten lauten die Berichte aus Rio günstig. Bink matt.

London, 21. Februar. Consols 89%. 1% Spanier 40%. Sardinier 79. Mexikaner 26%. 5% Russen 91%. Neue Russen 89%. Silber 61%. Türkische Consols 51 1/2%. Hamburg 3 Monat 13 1/2% 7 1/2% A. — Wien 11 Fl. 60 Kr. — Schnee.

Liverpool, 21. Februar. Baumwolle: 5000 Ballen Umlauf. Upland 20, fair Dohlerab 16 1/2 — 15, middling fair

Dohlerab 13 1/2, middling Dohlerab 8 1/2 — 9, Domra 15, Ägyptische 19 1/2.

Paris, 21. Februar. 3% Rente 67, 25. Italienische 5% Rente 64, 80. 3% Spanier 41 1/2. 1% Spanier — Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktionen 443, 75. Credit-mob. Aktionen 935, 00. Lomb. Eisenbahn-Aktionen 547, 50. — Die Spekulanten zeigten sich an der heutigen Börse entmuthigt, und alle Effecten waren in Folge dessen ausgeboten.

Danzig, den 22. Februar. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt, 120/123

— 125/127 — 128/129 — 130 31 fl. von 51/53/56 — 58/59/61

— 62/63/64 — 65/66/67 1/2 Igr. nach Qualität per 85%.

Roggen 120/124 — 127/129/31 fl. von 35 1/2/36 1/2 — 37 1/2/39/40

Igr. per 81 1/2%.

Erbse 40 — 47 Igr. — 48 — 50 — 52 — 54 — 56 — 58 — 60 — 62 — 64 — 66 — 68 — 70 — 72 — 74 — 76 — 78 — 80 — 82 — 84 — 86 — 88 — 90 — 92 — 94 — 96 — 98 — 100 — 102 — 104 — 106 — 108 — 110 — 112 — 114 — 116 — 118 — 120 — 122 — 124 — 126 — 128 — 130 — 132 — 134 — 136 — 138 — 140 — 142 — 144 — 146 — 148 — 150 — 152 — 154 — 156 — 158 — 160 — 162 — 164 — 166 — 168 — 170 — 172 — 174 — 176 — 178 — 180 — 182 — 184 — 186 — 188 — 190 — 192 — 194 — 196 — 198 — 200 — 202 — 204 — 206 — 208 — 210 — 212 — 214 — 216 — 218 — 220 — 222 — 224 — 226 — 228 — 230 — 232 — 234 — 236 — 238 — 240 — 242 — 244 — 246 — 248 — 250 — 252 — 254 — 256 — 258 — 260 — 262 — 264 — 266 — 268 — 270 — 272 — 274 — 276 — 278 — 280 — 282 — 284 — 286 — 288 — 290 — 292 — 294 — 296 — 298 — 300 — 302 — 304 — 306 — 308 — 310 — 312 — 314 — 316 — 318 — 320 — 322 — 324 — 326 — 328 — 330 — 332 — 334 — 336 — 338 — 340 — 342 — 344 — 346 — 348 — 350 — 352 — 354 — 356 — 358 — 360 — 362 — 364 — 366 — 368 — 370 — 372 — 374 — 376 — 378 — 380 — 382 — 384 — 386 — 388 — 390 — 392 — 394 — 396 — 398 — 400 — 402 — 404 — 406 — 408 — 410 — 412 — 414 — 416 — 418 — 420 — 422 — 424 — 426 — 428 — 430 — 432 — 434 — 436 — 438 — 440 — 442 — 444 — 446 — 448 — 450 — 452 — 454 — 456 — 458 — 460 — 462 — 464 — 466 — 468 — 470 — 472 — 474 — 476 — 478 — 480 — 482 — 484 — 486 — 488 — 490 — 492 — 494 — 496 — 498 — 500 — 502 — 504 — 506 — 508 — 510 — 512 — 514 — 516 — 518 — 520 — 522 — 524 — 526 — 528 — 530 — 532 — 534 — 536 — 538 — 540 — 542 — 544 — 546 — 548 — 550 — 552 — 554 — 556 — 558 — 560 — 562 — 564 — 566 — 568 — 570 — 572 — 574 — 576 — 578 — 580 — 582 — 584 — 586 — 588 — 590 — 592 — 594 — 596 — 598 — 600 — 602 — 604 — 606 — 608 — 610 — 612 — 614 — 616 — 618 — 620 — 622 — 624 — 626 — 628 — 630 — 632 — 634 — 636 — 638 — 640 — 642 — 644 — 646 — 648 — 650 — 652 — 654 — 656 — 658 — 660 — 662 — 664 — 666 — 668 — 670 — 672 — 674 — 676 — 678 — 680 — 682 — 684 — 686 — 688 — 690 — 692 — 694 — 696 — 698 — 700 — 702 — 704 — 706 — 708 — 710 — 712 — 714 — 716 — 718 — 720 — 722 — 724 — 726 — 728 — 730 — 732 — 734 — 736 — 738 — 740 — 742 — 744 — 746 — 748 — 750 — 752 — 754 — 756 — 758 — 760 — 762 — 764 — 766 — 768 — 770 — 772 — 774 — 776 — 778 — 780 — 782 — 784 — 786 — 788 — 790 — 792 — 794 — 796 — 798 — 800 — 802 — 804 — 806 — 808 — 810 — 812 — 814 — 816 — 818 — 820 — 822 — 824 — 826 — 828 — 830 — 832 — 834 — 836 — 838 — 840 — 842 — 844 — 846 — 848 — 850 — 852 — 854 — 856 — 858 — 860 — 862 — 864 — 866 — 868 — 870 — 872 — 874 — 876 — 878 — 880 — 882 — 884 — 886 — 888 — 890 — 892 — 894 — 896 — 898 — 900 — 902 — 904 — 906 — 908 — 910 — 912 — 914 — 916 — 918 — 920 — 922 — 924 — 926 — 928 — 930 — 932 — 934 — 936 — 938 — 940 — 942 — 944 — 946 — 948 — 950 — 952 — 954 — 956 — 958 — 960 — 962 — 964 — 966 — 968 — 970 — 972 — 974 — 976 — 978 — 980 — 982 — 984 — 986 — 988 — 990 — 992 — 994 — 996 — 998 — 1000 — 1002 — 1004 — 1006 — 1008 — 1010 — 1012 — 1014 — 1016 — 1018 — 1020 — 1022 — 1024 — 1026 — 1028 — 1030 — 1032 — 103

Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Meistbeteiligten der Preussischen Bank wird auf Freitag, den 24. März d. J., Nachmittags 5½ Uhr, hierdurch einberufen, um für das Jahr 1864 den Verwaltungs-Bericht und den Jahres-Abschluß nebst der Nachricht über die Dividende zu empfangen und die für den Central-Ausschuß nötigen Wahlen vorzunehmen. (Bank-Ordnung vom 5. October 1846, §§. 62, 65, 67, 68, 97 und Gesetzes-Sammlung 1857, Seite 240.)

Die Versammlung findet im hiesigen Bankgebäude statt. Die Meistbeteiligten werden zu derselben durch besondere, der Post zu übergebende Anschreiben eingeladen.

Berlin, den 15. Februar 1865.

Der Minister für Handel, Gewerbe, und öffentliche Arbeiten,
Chef der Preussischen Bank.
Graf von Ikenplitz. [1593]

Danziger Privat-Actien-Bank.

Zur neunten ordentlichen General-Versammlung gemäß § 39 des Statutes vom 21. Novbr. 1856 werden die Herren Actionäre auf Sonnabend, den 18. März cr.,

Nachmittags 4 Uhr, im Bank-Hause, Langgasse No. 33, unter Hinweis auf die §§. 5, 21, 39 und 43 des Statutes ergebenst eingeladen.

Die Einlaß- und Stimmen-Karten werden am 16. und 17. März, Vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Comptoir der Bank an die in den Stammbüchern eingetragenen Actionäre von der Direction ausgegeben.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Die im §. 41 des Statutes vorgeschriebenen Geschäfte einschließlich der Wahl von drei Mitgliedern des Verwaltungsrathes.
2. Der Antrag auf Ernennung einer Commission zur Revision des Statutes. [1585]

Danzig, den 20. Februar 1865.
Der Verwaltungsrath
der Danziger Privat-Actien-Bank.
C. N. v. Franzius. Goldschmidt.

Metachromatypie.

Diese Bilder, einzeln in Cartons, bestehend in Blumen, Bouquets, Landschaften, Tier- und Genrestücken, Portraits, Figuren, Buchstaben u. s. lassen sich in einigen Minuten auf alle Gegenstände Stoffe, wie Papier, Leder, Holz, Porzellan, Glas, Metall, Wachs u. d. d. anbringen, so daß dieselben wie das reinstre Dergemälde, eingelagerte Arbeit u. s. aussehen, lackirt und abgewaschen werden können. Diese Erfindung erzeugt kostspielige und zeitraubende Malerei und bietet zugleich Privaten das schönste Vergnügen.

Lager bei
[1579] Dertell u. Hundius, Langgasse 72.

Neu!

Damen-Filzgamaschen mit Gummizügen und Gummi-
besatz, schwungend gegen Kälte und Nässe,
empfohlen. [1580]
Dertell u. Hundius, Langgasse 72.

Strohhüte zur Wäsche nach Berlin erbittet

Maria Wetzel,

Wollwebergasse 26.

Anerkannt beste Gummischuhe,
für deren Dauer garantiert wird, zu be-
fannen billigsten Preisen beim Schirm-
fabrikanten

Aller. Sache,
Markauschegasse.

Im Preise bis 500,000
Weisst Güter in allen Provinzen zum An-
tauf u. Alb. Nob. Jacobi, Danzig, Breitg. 64.

Hypothen-Kapitalien, welche auf städtische oder ländliche Besitzungen eingetragen sind, werden mit solidem Daimmo gelauft. Reflecteden bittet man ihre Adressen in der Expedition der Danziger Zeitung unter Littr. 1317 ge- fälligst abzugeben.

8000 R., auch getheilt, län-
dig; Hypothen werden gelauft.

Bach,
Hundegasse No. 6.

Für Landwirthe!

Baker-Guano-Superphosphat,
enthaltend 18 bis 22 p.C. im Wasser lösliche
Phosphorsäure, halten auf Lager und empfehlens-
würdig. Döhns & Co.,

Danzig, Poggendorf No. 79.

Der Bockverkauf aus hiesiger
Stammheerde hat den 1. Fe-
bruar 1865 begonnen.

Kopitkow bei Czerwinst.

G. Plehn.

Allgemeine Transport-Versicherungs-Gesellschaft **HELVETIA**

in St. Gallen.

Diese durch Erlass der Königl. Ministerien vom 23. Januar 1861 für die preußischen Staaten concesionirte Gesellschaft, welche wegen ihrer Solidität und Couanz gut renommirt ist, übernimmt zu möglichen Prämien Versicherungen auf Güter gegen See- und Stromge- fahr gemäß den Bestimmungen des revidirten allgemeinen Planes hamburgischer See- versicherungen.

Der unterzeichnete Hauptagent ist zur sofortigen Ausfertigung der Po- lizen bevollmächtigt.

[1575]

Otto Noetzl,
Hundegasse No. 38.

Knochen-Dungmehl-Fabrik

von

Gebrüder Schickler

auf

Bainhammer bei Neustadt-Eberswalde.

Veranlaßt durch die höheren Ansprüche, welche die Chemie im Interesse der Landwirtschaft jetzt an die künstlichen Dungmittel stellt, haben wir uns entschlossen, außer unseren langjährigen beliebten und bekannten Nummern, die wir auf besonderen Wunsch anfertigen, noch folgende Sorten zu fabriciren und empfehlen solche hinsicht der Aufmerksamkeit der Herren Landwirthe.

I. Beites feingemahntes gedämpftes Knochenmehl unter Garantie von 4 bis 4½ Prozent Stidstoff und 23 bis 24 Prozent Phosphorsäure.

II. Mit 40 Prozent Schwefelsäure aufgeschlossenes fein gemahntes Knochenmehl unter Garantie von 3 bis 4 Prozent Stidstoff, 9 bis 10 Prozent löslicher Phosphorsäure und 7 bis 8 Prozent unlöslicher Phosphorsäure.

III. Schwefelsaures Ammoniak unter Garantie von 20 bis 24 Prozenten Stidstoff. (Peru-Guano enthält bekanntlich nur 12 bis 13 Prozent Stidstoff.)

IV. Wiesen-Düngerghps, dargestellt aus Blut und Gyps, mit Stidstoffgehalt.

V. Drei Sorten Superphosphate (saurer phosphatauer Kalk), aus Knochenohle und Schwefelsäuren dargestellt, Nr. 1, unter Garantie von 13 bis 14 Prozent löslicher Phosphorsäure und 9 bis 10 Prozent unlöslicher Phosphorsäure; Nr. 2, mit Blut vermischt, unter Garantie von 13½ bis 14 Prozent löslicher Phosphorsäure, 2½ bis 3 Prozent unlöslicher Phosphorsäure und 1½ bis 2 Prozent Stidstoff; Nr. 3 unter Garantie von 12 bis 13 Prozent löslicher Phosphorsäure, 5½ bis 6 Prozent unlöslicher Phosphorsäure und 4½ bis 5 Prozent Stidstoff.

VI. Mischungen des mit 40 Prozent Schwefelsäure aufgeschlossenen gedämpften Knochenmechs mit ätztem Peru-Guano, sowie schwefelsaurem Ammoniak, in allen von den Abnehmern verlangten Verhältnissen.

VII. Achten Peru-Guano, à 5 Thlr. ab Fabrik, sowie staubfein gemahlenen Peru-Guano unter Garantie eines Gehaltes von 6½ bis 7 Prozent Stidstoff und 6 bis 7 Prozent Phosphorsäure, à 2 Thlr. 20 Sgr. ab Fabrik incl. Sac.

Die Angabe der Bestandtheile sämlicher Fabrikate beruht auf der Analyse des Herrn Dr. Biurek in Berlin.

Mit dem Verkauf unserer Dungmehl-Präparate für dortige Gegend ist Herr Alfred Reinick in Danzig betraut. Anderweitige Bestellungen bitten direct an uns gelangen zu lassen. Proben sowie Preiss-Courante stehen bei obigem Herrn, sowie den Unterzeichneten jederzeit gern zu Diensten.

Bainhammer, bei Neustadt-Ew., im Februar 1865.

Gebrüder Schickler.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, ertheile bereitwilligst jede wünschenswerthe Auskunft, sowie Proben und Preis-Courante und bitte, die gefälligen Bestellungen möglichst zeitig an mich gelangen zu lassen, da die Fabrik gewöhnlich 3 bis 4 Wochen vor Beginn der Saatperioden mit Aufträgen so überhäuft ist, daß eine rechtzeitige Ausführung der dann noch eingehenden Bestellungen meist nicht mehr möglich ist.

Danzig, im Februar 1865.

[1577]

Alfred Reinick,

Hundegasse 90.

Nachdem die vorbereitenden Schritte für unser Unternehmen mit gutem Erfolge gethan sind, können wir am 1. Mai d. J. den ersten Kindergarten in unserer Stadt eröffnen.

Da die Kindergärten zur Aufnahme der Kinder von 3-7 Jahren, ein Alter, in dem es besonders schwer und doch dringend nötig ist, sie auf geeignete Weise zu beschäftigen, bestimmt, und die Spiele in denselben so geordnet sind, daß den Kleinen dadurch nicht nur eine anregende Beschäftigung geboten, sondern auch der Thätigkeitstrieb in ihnen richtig geleitet, die Beobachtungsgabe geschärft, und ihre Gesundheit gestärkt und gefördert wird, so dürfen wir wohl hoffen, daß auch bei uns der Nutzen der Kindergärten sich bald bewähren wird. Wir ersuchen daher die geehrten Eltern, die ihre Kinder unserem Institute anvertrauen wollen, die erforderlichen Meldungen bei Frau Commerzienräthlin Bischoff, Brodbänkengasse 39, Frau Bauräthlin Eicht, Dahladie 4/5, Frau Kaufmann Lindenbergs, Jopengasse 66 und Herrn Dr. Kirchner, Heiligegeistg. 25, Dienstags und Freitags von 4-6 Uhr Nachmittags zu machen.

Das monatliche Honorar beträgt für 1 Kind 1 R., für 2 Kinder aus einer Fa- milie 1 R. 20 S., für 3 Kinder 2 R. — Der Kindergarten ist von 9-1 Uhr Vormit- tags geöffnet.

Der Vorstand des Vereins zur Errichtung von Kindergärten.

Pauline Bischoff, geb. Hende, Ulrike Domansky, Franziska Goldschmidt,

geb. Abraham, Emilie Kirchner, geb. Wendt, Rose Eicht, geb. Lessmann,

Marie Kickett, geb. Schönbeck, Blanca Lindenbergs, geb. Bendts.

Flora Moritzsohn, geb. Moritzsohn, Marie Olschewski, geb. Hendewerl.

Rosa Quist, geb. Monglowsta, Rose Rasche, geb. v. Voltier.

Elsa Schanazahn, geb. Seidler, Leinhaas, Dr. Kirchner.

(1571) Agnes Schottler, geb. Dohms.

(1572)

Cigarren, pro Mille 4 R.

Ungar, à St. 15 u. 17½ R., Rotwein (Chianti, Margaux à 14 R., sehr zu empfehlen) u. Him- beeren in Zuder, à Glas 7 R., zu haben Brod- bänkengasse 11, 2 Tr. hoch. [1591]

Bruchreis I. Sorte à 1 1/2 R. 9 Pf.

II. 1 1/2 R. 6 Pf. anerkannt gute Qualität empfehlt, bei Ballen billiger

Carl Marzahn, Langenmarkt No. 18.

Num. Cognac und Krac pr. fl. 7½ — 20 R.

Rotwein 7½ — 20 R.

Rhein. u. Moselweine 5 — 15 R.

Ungarwein, süß, 15 R.

Muskat- u. Muskat-Eunel 4 — 10 R.

Champagner, deutsch u. frz. 17½ — 40 R.

Weitere diverse Liqueure und Cigar- ren zu den billigsten Preisen Poggendorf No. 88. [1456]

Gut getrockneten Stockfisch em- pfiehlt

E. L. Hellwig, Langenmarkt No. 32.

Frischen rothen und weißen Klee, Wicken u. Sommerweizen empfiehlt

Adolph Seligsohn in Marienburg.

(1586)

Kaminföhlen empfehlt

A. Wolfheim, Kallort 27. [1595]

(1587)

Bestes Drausener Deckrohr empfehlt billigst

Aleg. Mielcke, Stadtgebiet No. 35.

Es werden zum Wiederverlauf gesucht wöchentlich 20 bis 30

Pfd. gute Tischbutter. Näheres Pfesserstadt 38. [1542]

(1588)

Dem theuern Geburtstags-Kinde Ch. K.

ein donnerndes Hoch das ganz Boggenpfuhl tragt. P. [1589]

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Necht russischen Lack, weiß und maha- gonibraun für Bildhauer- und seine Holz- arbeit, sowie

Leder-Glanzack, glänzend schwarz und so- fort trocknend, für Wagen-abranten, Sattler, Schuhmacher u. empfehlt

Carl Marzahn, (1535) Droguenhandlung, Langenmarkt 18.

N.B. Der Leder-Glanzack eignet sich auch

vorzugsweise zum Lackiren der Fußbekleidung und zwar genügt ein einmaliges Aufrägen des Lades vermittelst eines Schwämchens, um dem Leder einen schönen dauernden Glanz zu verleihen. Zu diesem Zwecke verläufe ich den Lack in Fläschchen à 2½ u. 4 R.

Teinen Orange-Schellack, besten Kölnner

Leim, sowie einen guten Sarglack offerirt

(1536) Carl Marzahn, Langenmarkt 18.

Astrachaner Schotenkerne empfehlt

Julius Zeplaff, Hundegasse No. 98, Ede der Maizlauschengasse.

Ind. gelb. u. weiß. Farin, à 2 1/2 u. 4 1/2 R.

gemahl. Melis u. Raffi- nade, à 5 R. u. 5 R. 6 1/2 empfehlt

[1568] Julius Zeplaff.

Eine neue Sendung pommerscher

Gleischwurst empfing und em- psiehlt

A. van Düren.

N.B. Es ist Sorge getragen, daß die Schweine

jetzt stets untersucht werden, ob sie frei von

Trichinen sind. [1539]

Brodzucker u. sehr schöne Farine

empfiehlt billigst